



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
am 02. Dezember 2008
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

<u>Vorsitz :</u>	Claudia Spruch (CDU)
Anwesende Ausschussmitglieder:	siehe Anlage 1
Ferner anwesend:	siehe Anlage 2
Tagesordnung:	siehe Anlage 3
Veröffentlichung:	siehe Anlage 4
Beginn (öffentlicher Teil): 17:05 Uhr	Ende: 17:50 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten Nrn. 51/08

(Drucksachenband 133)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0070 Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

0071 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 04.11.2008 wird genehmigt.

Einstimmig

0072 08-F-24-0010

Besetzung der Kommunalen Härtefallkommission
- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und
FDP vom 24.11.2008 -

Über den gem. Antrag wird abgestimmt. In die Härtefallkommission werden von Seiten des
Ausschusses entsandt:

Stv. Stefan Spallek	(Vertreterin: Stv. Sofia Karipidou)
Stv. Christoph Manjura	(Vertreter: Stv. Peter Schickel)
Stv. Hubert Müller	(Vertreterin: Stv. Dr. Brenneis)
Stv. Brigitte Klüssendorf	(Vertreter: Stv. Boye Claussen)

gegen Linke Liste

0073 08-F-25-0050

Zusammenkunft der Härtefall-Kommission
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis90/DIE GRÜNEN und FDP vom
16.04.2008

Der gem. Antrag hat durch die vorgenannte Wahl und die Einberufung der Härtefallkommission zu
ihrer ersten Sitzung am 02.12.2008 anschließend an die Sitzung des Ausschusses seine Erledigung
gefunden.

Einstimmig

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 02. Dezember 2008

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0074 08-F-25-0149

Ausbau des Breitbandkabelnetzes

- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 24.11.2008 -

Stv. Spallek berichtet, dass in einigen Wiesbadener Ortsteilen bisher kein Breitbandkabelnetz verfügbar ist. Über den Sachstand möge der Magistrat berichten. Er schlägt gleichzeitig die Ergänzung des Antrages vor. Der Ortsvorsteher von Wiesbaden-Medenbach, Herr Gerhard Sommer, habe berichtet, dass es erste Verhandlungen mit der Telekom gäbe. Die Telekom sei bereit, für 15.000 € entsprechende Anschlüsse zu legen. Die Kosten kämen nur zum Tragen, wenn es nicht gelingen sollte, 40 Kunden für einen DSL-Anschluss zu werben.

Der Ortsbeirat sei zu dem bereit, selber bei der Aufbringung der evtl. notwendig werdenden Finanzierung zu helfen.

Stv. Spallek schlägt deshalb vor, dass die Stadt Wiesbaden eine Ausfallbürgschaft für den Fall eingehen sollte, dass nicht die entsprechende Anzahl von Neukunden geworben werden kann.

Der Antrag wird mit der entsprechenden Ergänzung wie folgt abgestimmt:

Einstimmig

Die Anträge zu den Beschlüssen 0075 und 0076 werden gemeinsam beraten und getrennt abgestimmt. Herr Kirchen (Staatl. Schulamt) ist zu diesen Punkten anwesend.

0075 08-F-01-0111

Vorfall an der Albrecht-Dürer-Schule

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 24.11.2008 -

Stv. Schickel begründet den Antrag kurz, da über den Vorfall in der Presse berichtet wurde. Die Sachlage ist aber weiterhin unklar - deshalb dieser Berichtsantrag. Es stünden unterschiedliche Behauptungen im Raum.

Außerdem sei nicht klar, ob es z.B. an der Dürerschule eine Vereinbarung über die Benutzung der deutschen Sprache auf dem Schulhof gäbe.

Stv. Bohrer möchte das Thema insgesamt besprochen wissen, losgelöst von dem Vorfall an einer Schule. Er weist auf den Beschluss der Stadtv. aus 2006 hin, nach dem generell Vereinbarungen an Schulen über den Sprachgebrauch getroffen werden sollten.

Herr Kirchen (staatl. Schulamt) drückt zunächst sein Bedauern darüber aus, dass in der Öffentlichkeit die türkische Sprache in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt ist. Aus der Sicht der Schule habe es sich um eine Störung des Unterrichts gehandelt. Jede Störung des Unterrichts sei zu unterbinden, ganz gleich, in welcher Sprache diese Störung erfolgt ist. Bisher liege lediglich eine Stellungnahme der Schulleitung vor. In den nächsten Tagen ist aber ein Gespräch zwischen Schulleitung, Eltern, dem staatlichen Schulamt und dem Ausländerbeirat geplant.

**Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 02. Dezember 2008**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Nach seinem Wunsch sollen alle Beteiligten mit einem guten Gefühl aus dieser Angelegenheit heraus gehen. Er weist aber auch darauf hin, dass es sich um eine innere Schulangelegenheit handele, auch wenn die Schule als solche von der Landeshauptstadt Wiesbaden getragen werde.

Stv. Schickel schlägt vor, den Antrag als eingebracht zu betrachten und in der nächsten Sitzung erneut aufzurufen, da das angedachte Gespräch noch ausstehe.

Auf Nachfrage von Stv. Klüssendorf berichtet Herr Kirchen, dass es keine Vereinbarungen an Schulen über die Verwendung von Sprachen gäbe.

Sollte es sich um ein Disziplinar-Problem im Lehrerbereich handeln (Stv. Klüssendorf), so kann darüber nicht öffentlich diskutiert werden (Vors. Spruch).

In der nächsten Sitzung des Ausschusses werden beide Punkte erneut aufgerufen. Zu dieser Sitzung wird Vors. Spruch im Vorfeld mit den Herren Dogan und Kirchen Kontakt aufnehmen. Außerdem wird auch das städtische Schulamt zu der nächsten Sitzung eingeladen.

Einstimmig

0076 08-F-06-0064

Verbot der Herkunftssprache als Mittel der Integration?
- Antrag der Fraktion Linke Liste vom 26.11.2008 -

S. Beschluss Nr. 0075

Einstimmig

0077 08-F-01-0031

Erneuerung der Wahlurnen
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 14..04.2008 -

Stadträtin Zeimetz-Lorz berichtet, dass mehrere Vorschläge für die Umgestaltung der Wahlurnen als Anlage zur Sitzungsvorlage vorlägen.

Stv. Bohrer fragt den möglichen Kosten der einzelnen Varianten.

Stadträtin Zeimetz-Lorz erklärt, dass City-Dialog bisher keine Kostenvoranschläge eingeholt habe. Im Vergleich zur Anschaffung neuer Wahlurnen sei die Umgestaltung auf jeden Fall günstiger.

Stv. Schickel stellt noch einmal dar, wie der Antrag entstanden ist. So hätten sich Wähler negativ über die „Mülltonnen“ als Wahlurne geäußert, man werfe sozusagen seine Stimme in die Mülltonne. Nach den jetzt eingereichten Vorschlägen herrsche aber auch große Ratlosigkeit, denn die „Röckchen“ seien auch nicht das Nonplusultra.

Man sollte nicht nur an die Kosten denken, sondern auch das Image gehöre zum Geschäft. Man könne sich evtl. auf einen der Vorschläge einigen, aber das Problem sei dadurch nicht wirklich gelöst.

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 02. Dezember 2008

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Vors. Spruch schlägt vor, dass man evtl. vorab die Kosten der einzelnen Varianten berechnen lassen könnte. Sie sieht sich allerdings auch einen schwierigen Entscheidung gegenüber gestellt. Die Maßnahmen seien eigentlich Verwaltungshandeln der Landeshauptstadt Wiesbaden. Sie geht auch davon aus, dass die Antrag stellende Fraktion nicht unbedingt auf die Anschaffung neuer Wahlurnen bestehe.

Stv. Spallek geht davon aus, dass das Dezernat versucht hat, das Beste aus dem Auftrag des Ausschusses zu machen.

Herr Tischel (Einwohner- und Integrationsamt) weist darauf hin, dass man im Moment mit der Hessenwahl am 18.01.2009 vollauf beschäftigt sei und für diese Wahl auch noch die nicht umgestalteten Wahlurnen zum Einsatz kommen. Er hält es aber auch für sinnvoll, zunächst nach den Kosten zu fragen.

Auf Nachfrage von Stv. Bohrer berichtet Stadträtin Zeimetz-Lorz, dass die Wahlurnen auch nach den Wahlen nicht als Mülltonne eingesetzt werden, sondern gestapelt auf den nächsten Einsatz warten. Wahlurnen klassischer Art seien nicht ineinander stapelbar und deshalb benötigten sie größere Lagerkapazität.

Stv. Klüssendorf kann sich eine andere Variante des Verhüllens vorstellen und schlägt vor, eine klappbare Umrahmung aus Hartplastik zu entwickeln, die aufgeklappt und nach Gebrauch zusammengeklappt weggestellt werden kann.

Stv. Müller hält dies für eine gute Idee, geht allerdings davon aus, dass die Wahlmüdigkeit durch eine Ummantelung auch nicht zu bekämpfen ist.

Der Ausschuss beauftragt den Magistrat, sowohl die Variante mit Aufklebern zu berechnen, als auch die Kosten für eine mögliche klappbare Ummantelung aus Plastiflex zu kalkulieren.

Einstimmig

0078 **08-F-01-0084**

Vorbereitungskurse für die Einbürgerungstests
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 08.09.2008 -

Zum Bericht des Magistrats bestehen keine Nachfragen. Der Antrag hat seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

0079 **08-V-16-0002**

Erllass einer Ordnung für das Jugendparlament;
Änderung der §§ 14a, 26a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung;
Wahl zum Jugendparlament

**Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 02. Dezember 2008**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Herr Dr. Heimlich (Amt der Stadtverordnetenversammlung) berichtet auf Nachfrage von Stv. Manjura, dass für das Jugendparlament 30.000 € für 2009 und 30.000 € für die Wahl bereitstehen. In der Geschäftsordnung des Jugendparlaments sei das Budget nicht festgeschrieben.

Stv. Spallek bedankt sich bei Herrn Dr. Heimlich für die Erarbeitung der Geschäftsordnung. Man könne mit den Vorschlägen leben, alle Beteiligten seien eingebunden worden. Man sei ein großes Stück weitergekommen und hätte als 2. Großstadt demnächst ein Jugendparlament. Der Landeshauptstadt Wiesbaden sei es Ernst mit der Umsetzung, es handele sich nicht um eine Alibi-Veranstaltung.

Stv. Bohrer hält die Idee eines Jugendparlaments für eine Konsequenz aus der HGO, Jugendliche selber Politik gestalten zu lassen. Er sehe es positiv, die HGO mit Leben zu erfüllen. Das, was bisher gemacht worden sei, sähe seine Fraktion aber ambivalent: Positiv sei die Veranstaltung „Jugend im Rathaus“ zu bewerten; der Bereich der Stadtteiljugendbeauftragten müsse aber evaluiert werden - was könne man hier besser machen.

Die angedachte Form des Jugendparlaments hält er für bedenklich. Ca. 20.000 bis 30.000 Jugendliche seien wahlberechtigt. Er habe bereits im Jugendhilfeausschuss berichtet, dass er große Bedenken gegen den Wahlmodus habe. Es könne verschiedene Listen geben - dies sei keine gute Möglichkeit. Er befürchtet ein Ungleichgewicht zwischen den Jugendlichen, die gut organisiert seien - andere hätten keine Chance. Jeder hätte 31 Stimmen; hier befürchtet er einen Wettlauf zwischen den großen Organisationen und den unorganisierten Jugendlichen.

Stv. Manjura erklärt, dass man den Wahlmodus diskutiert habe. Er hält die jetzige Form für die fairste Art. Zu den Listen und Jugendorganisationen kann er berichten, dass die Jusos usw. auf den Listen nicht zu stehen hätten.

Wie die Listen im Einzelnen aussehen würden, stünde noch nicht ganz fest, man würde sich aber um eine möglichst gerechte Verteilung bemühen.

Er sei aber grundsätzlich froh über den jetzt gefundenen Kompromiss, den er mittragen könne.

Vors. Spruch weist darauf hin, dass man sich zunächst auf den Erlass der Geschäftsordnung konzentrieren sollte.

Nach Auffassung von Stv. Bohrer wäre es ein Gewinn gewesen, wenn die Schulen mit debattiert hätten.

Stv. Spallek stellt klar, dass man versucht habe, alle zu beteiligen; der Stadtschülerrat sei auf jeden Fall dabei gewesen und hat auch seine weitere Zusammenarbeit zugesichert.

Auch Stv. Manjura hält den jetzt gefundenen Kompromiss für tragbar, obwohl ihm vor dem Antrag eine breitere Beteiligung lieber gewesen wäre.

- getrennte Abstimmung:
1. gegen Linke Liste
 2. einstimmig
 3. Enth. Linke Liste
 4. einstimmig

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 02. Dezember 2008

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0080 Verschiedenes

Stv. Schickel berichtet auf Nachfrage von Stv. Bohrer kurz über die vorangegangene Sitzung der Arbeitsgruppe Interkulturelle Woche 2008/2009.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, 26.01.2009

Vorsitzende

Schriftführerin

Weitere Schriftführerin

Spruch

Karipidou

Koba